



Thomas Demuth  
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 13.03.2013

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	2/2012
Datum	Dienstag, den 12. März 2013
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	21:03 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Stadtverordnetenversammlung

Herr Thomas Demuth
Herr Patrick Baier
Herr Dietmar Beilner
Frau Sylvia Braun
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Herr Niels-Malte Bürgstein
Frau Patricia Bürgstein
Herr Achim Dietenhöfer
Frau Karola Dziony
Frau Elke Förster-Helm
Herr Dirk Friebe
Herr Benedikt Herget
Herr Oliver Hirt
Herr Harald Hormel
Herr Alexander Kitzmann
Frau Gisela Klein
Herr Johannes Kortenhoeven
Frau Katja Lauterbach
Herr Klaus Linek
Frau Dana Pastor
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Herr Guido Rötzer
Herr Michael Schreier
Frau Carina Seewald
Herr Thomas Sliwka
Herr Thomas Stöppler
Frau Viola Weigl-Franz
Herr Winfried Weiß
Herr Harald Wenzel

Frau Rosemarie Wenzel
Herr Dr. Volker Wingefeld
Herr Christoph Zugenbühler

#### Magistrat

Herr Günter Maibach
Frau Ingrid Cammerzell
Herr Edwin Jessl
Herr Reiner Keim
Herr Manfred Lür
Herr Josef Pastor
Herr H. Michael Roth
Herr Volker Schadeberg
Herr Jürgen Schäfer

#### Schriftführer

Herr Dr. Achim Wächtler
-------------------------

#### entschuldigt

Frau Christine Empter
Herr Jörg Pohl
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Tim Protzmann

#### Tagesordnung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 19.02.2013
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen
5	37/2013	Gebührenordnung zur Friedhofsordnung
6	17/2013	Änderung der Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung –

#### Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 33 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

1		Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 19.02.2013
---	--	---

Der Stadtverordnete Rechholz legt Wert auf die Feststellung, dass die Niederschrift vom 19.02.2013 unter TOP 3 als letzter Absatz wie folgt zu ergänzen ist:

„Der Stadtverordnete Rechholz zitiert aus dem Schreiben des MKK und weist auf die deutliche Kritik der Aufsichtsbehörde hin. Außerdem kritisiert er die mangelhafte Planung und das damit verbundene Zahlenchaos. Er fordert, dass die noch fehlenden Jahresabschlüsse kurzfristig vorgelegt werden und zwar mit endgültigen Zahlen.“

Hiergegen und gegen die Niederschrift im Übrigen ergeben sich keine Einwendungen, so dass sie in dieser Fassung als genehmigt gilt.

2	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
---	---

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass der Kollege Michael Reul sein Mandat niedergelegt habe. Als Nachrückerin begrüßt er mit allen Kolleginnen und Kollegen die Stadtverordnete Karola Dziony.

Weiter teilt der Stadtverordnetenvorsteher mit, dass er eine Anfrage der FDP-Fraktion an den Bürgermeister weitergereicht habe.

Schließlich verweist er auf ausliegende Einladungen.

3	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
---	--

Der Bürgermeister berichtet zur Anfrage der FDP-Fraktion:

"Mit welchem Beitrag fördert die Stadt Bruchköbel aktuell einzelne Bereiche durch freiwillige Leistungen. Es wird um Beifügung einer nachvollziehbaren Aufstellung der einzelnen Bereiche, jeweils gegliedert nach Betrag, Gesamtbetrag sowie Betrag pro Einwohner gebeten."

Er bekundet, dass eine Aufstellung im Doppelhaushalt 2012 / 2013 ab Seite 87 bis Seite 90 verzeichnet sei. Dort seien der Haushaltsquerschnitt für den Ergebnishaushalt und u.a. die freiwilligen Leistungen aufgeführt. Für die Verwaltung wäre es derzeit unverhältnismäßig gewesen, jede einzelne Position herauszusuchen. Dieser Umstand wird von der Stadtverordneten Braun kritisiert. Der Bürgermeister kündigt entsprechende Verbesserungen für die kommenden Haushalte an.

Der Bürgermeister gibt vorab den Termin für den "runden Tisch" am 23.04.2013, 20:00 Uhr im Stadtverordnetensaal zum Thema "Präventionsprojekt HaLT – Hart am Limit" bekannt.

Anfrage der BBB-Fraktion zum Thema "Senkung der Trinkwasserhärte"

Die Stellungnahme der Kreiswerke Main-Kinzig GmbH soll den Stadtverordneten per Mail zugehen. Es wäre eine Investitionssumme von 5.050.000 EURO notwendig, um die Trinkwasserhärte entsprechend herunterzusetzen. Das Thema soll dann in der Stadtverordnetenversammlung bzw. im Ausschuss nochmals behandelt werden.

4	Berichte aus den Ausschüssen
---	------------------------------

Der Stadtverordnete Linek berichtet von den Verhandlungen und Ergebnisse des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.02.2013.

Der Bürgermeister spricht, wie auch alle weiteren Stadtverordneten, zu dieser und auch der Vorlage zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Er erläutert die Notwendigkeit der Beschlussfassung über die beiden Vorlagen zu Tagesordnungspunkt 5 und 6. Der Bürgermeister habe Rücksprache mit der Kommunalaufsicht geführt, um zu erfahren, wie viele Haushalte derzeit eingereicht bzw. genehmigt wurden und welche Auflagen gemacht wurden. Er zitiert aus der E-Mail der Kommunalaufsicht vom 05.03.2013:

"Zur Zeit liegen der Kommunalaufsicht 15 von 28 Haushalten für 2013 zur Prüfung/Genehmigung vor. Davon sind 4 Kommunen Schuttschirmkommunen, deren individuelle Auflagen sich aus der Vereinbarung mit dem Land Hessen ergeben. Für diese Kommunen ist das Regierungspräsidium Darmstadt zuständig.

8 Kommunen (Haushalte sind geprüft bzw. im Prüfungsverfahren

6 davon müssen / mussten Steuerhebesätze an die Leitlinien anpassen, bei den übrigen zwei Kommunen liegen die Hebesätze bereits deutlich über dem Durchschnitt

6 davon müssen / mussten den Gebührenhaushalt Bestattungswesen ausgleichen

Alle müssen ein Haushaltssicherungskonzept mit einem konkreten Konsolidierungspfad für 2020 – für die Stadt Bruchköbel bis 2018 –, der zu einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt führt, beschließen und vorlegen.

Zu dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Haushalt 2013 müssen noch die 3 Auflagen der Kommunalaufsicht erfüllt werden; die Bestattungsgebühren müssen angehoben werden, ebenso müssen die Hebesätze für die Grundsteuer A und B und für die Gewerbesteuer überdurchschnittlich erhöht werden. Überdurchschnittlich bedeutet, mindestens 10 % über dem Landesdurchschnitt. Die dritte Auflage, der Beitrittsbeschluss zur Senkung der Kassenkredite wurde von der Stadtverordnetenversammlung bereits beschlossen."

Hinsichtlich des Haushaltssicherungskonzepts gemäß den Vorgaben aus der Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Städte und Gemeinden (Erlass der Hessischen Landesregierung) müsse ein nachvollziehbarer Aufbaupfad aufgezeigt sein, mit welchen Maßnahmen die Stadt Bruchköbel den Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2018 erreichen will.

Punkt 6 der Leitlinien sagt zu den Freiwillige Leistungen:

"Die Kommunen mit defizitärer Haushaltswirtschaft haben die freiwilligen Aufwendungen auf einen Umfang zu begrenzen, der mit Blick auf das Defizit vertretbar erscheint. Dabei sind die Sinnhaftigkeit und die Wirkungen vorhandener Strukturen ehrenamtlichen Engagements in der örtlichen Gemeinschaft in einen nachvollziehbaren Abwägungsprozess einzubringen.

Folgende Prüfraster soll von allen defizitären Kommunen mit dem Ziel einer strikten Wirkungskontrolle angewendet werden.

- Besteht ein zwingendes öffentliches Bedürfnis für die Wahrnehmung der Aufgabe?
- Ist die Zuschusshöhe dem angestrebten Zweck angemessen?
- Wie ist die eigene Leistungsfähigkeit der letztlichen Nutzer zu bewerten?
- Stellen die Verfahren der Zuschussvergabe und der Verwendungskontrolle die Erfüllung des zwingenden öffentlichen Bedürfnisses sicher?"

Danach sind die freiwilligen Leistungen von uns zu beurteilen.

Punkt 10 der Leitlinien sagt ganz deutlich aus, dass bei Kommunen mit anhaltend defizitärer Haushaltswirtschaft die Steuerhebesätze, insbesondere für die Grundsteuer B, deutlich über dem Landesdurchschnitt in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse liegen müssen. Auf die entsprechenden Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes wird hingewiesen.“ Entsprechend wurden uns die Vorgaben vom Main-Kinzig-Kreis gegeben.“ Diese zwei Punkte stehen heute zur Entscheidung an.

Diese Mindestforderung der Kommunalaufsicht muss bis spätestens 15.03.2013 beschlossen und bekanntgemacht sein.

Nun komme ich zurück auf die Fragestellung was passiert, wenn diesen Auflagen der Kommunalaufsicht für den Haushalt 2013 nicht Rechnung getragen wird?

Dann müsste der Haushalt 2013 neu aufgestellt und beschlossen werden. Das bedeutet, dass die Genehmigung frühestens im Herbst 2013 vorliegt und bis dahin die vorläufige Haushaltsführung greift - mit allen daraus resultierenden nachteiligen Konsequenzen.

Die Stadt Bruchköbel darf dann bis zur Genehmigung nur die finanziellen Leistungen erbringen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen des Finanzhaushalts nur dann fortsetzen, wenn dafür im Haushaltsplan eines Vorjahres Beträge vorgesehen waren.

Konkret bedeutet dies, dass die Stadt Bruchköbel in der haushaltslosen Zeit vom Beginn des Haushaltsjahres 2013 ab, bis zur Genehmigung der Haushaltssatzung nur die Möglichkeit hat, diejenigen Ausgaben zu leisten, die zur Erfüllung der rechtlichen und zwangsläufigen Verpflichtungen sowie zum Betrieb der städtischen Einrichtungen notwendig sind. Die Stadt Bruchköbel wird zukünftig erhebliche Einschränkungen bei den sogenannten freiwilligen Leistungen einkalkulieren müssen und auch neue vertragliche Verpflichtungen wie zum Beispiel im Hortbereich neu gewichten müssen. Hierunter fallen sicherlich auch die beliebten Vereinszuschüsse bis hin zu den in der Vergangenheit bei städtischen Bediensteten diskutierten Zuschüssen bei Betriebsausflügen oder die Aufwendungen im Rahmen der Städtepartnerschaften.

Liegt der Stadt Bruchköbel keine Genehmigung des Haushaltes vor, greift auch die Einzelkreditgenehmigung nicht. Oder anders ausgedrückt; die Stadt Bruchköbel erhält dann gegenwärtig keine Kredite mehr für ihre Investitionen. Der Austausch von Spielgeräten auf öffentlichen Spielplätzen oder Zuschüsse an die Betreuungsvereine Orkalanda und Bundstifte müssen zurückgestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie daher eindringlich, den heutigen Vorlagen zum Wohle der Stadt Bruchköbel und seiner Bürger zuzustimmen. Eine Ablehnung der Beschlussvorlagen würde nichts an der vorgegeben Richtung der Kommunalaufsicht ändern, bis 2018 einen ausgeglichenen Haushalt in der Finanzplanung vorzufinden. Und das ist letztendlich ja auch unser aller Ziel.

Eine Ablehnung durch die Stadtverordneten am heutigen Tag verzögert nicht nur sondern erschwert nachhaltig das Erreichen unseres gemeinsamen Zieles einer schwarzen Null. Wollen Sie wirklich die Auflagen der Kommunalaufsicht durch eine Ablehnung in Frage stellen und damit letztendlich auch Ihren Konsolidierungswillen unglaubwürdig erscheinen lassen?

Auch wenn wir einen neuen Haushalt aufstellen, werden die Auflagen des Main-Kinzig-Kreises die gleichen sein.

Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen den Bürgermeister, insbesondere seien die vorgelegten Vorschläge keine ernsthafte Lösung der Ausgabenprobleme der Stadt. Er mahnt eine konkre-

te Defizitplanung an. Im Zusammenhang nimmt er Bezug auf in den Vorjahren gefasste Beschlüsse, die nicht einmal im Ansatz umgesetzt worden seien. Er kritisiert den seit Jahren strukturell defizitären Haushalt und sagt gleichzeitig die Unterstützung seiner Fraktion für einen neuen, soliden, mit konsequenten Einsparungen versehenen Haushalt 2013 zu. Der Stadtverordnete Baier spricht gegen den Bürgermeister und kritisiert im Wesentlichen die seiner Auffassung nach seit Jahren währende Ziel- und Planlosigkeit in der Finanzplanung des Bürgermeisters. Die Stadtverordnete Braun spricht ebenfalls gegen die Wertungen des Bürgermeisters. Kostendeckung sei allerdings in allen Bereichen herbeizuführen, nicht nur bei den Friedhofsgebühren. Sie ist der Auffassung, dass bei den Friedhöfen auch keine ernsthafte Betrachtung der Kostenseite stattgefunden habe. Eine schonungslose Prüfung aller Einsparpotentiale in allen Bereichen, z.B. auch Feuerwehren, Schwimmbad, Kitas und insbesondere im Personalbereich, sei notwendig. Ein zeitiger Nachtragshaushalt für 2013 wäre die konsequentere Entscheidung gewesen, auch und gerade im Hinblick auf die –warum auch immer– massiv veränderten Zahlen der Finanzverwaltung. Der Stadtverordnete Wenzel spricht im Sinne des Bürgermeisters und kann insbesondere die Kritik an den veränderten, kürzlich eingebrachten Zahlen nicht nachvollziehen, die Ausweis einer guten Arbeit seien. Er befürchtet eine haushaltslose Zeit auch bis zur und über die Wiederwahl des Bürgermeisters hinaus. Die Stadtverordnete Lauterbach spricht im Sinne des Bürgermeisters. Der Stadtverordnete Rechholz spricht gegen den Bürgermeister, die neuen Zahlen seien auch alles andere als positiv. Er geht auf Detailzahlen ein, insbesondere auf die Schuldenstanderhöhung aufgrund viel höherer Kassenkredite.

Abstimmung: bei 16 Ja-Stimmen (CDU, B90/GRÜNE) und 17 Nein-Stimmen (SPD; BBB, FDP) abgelehnt

6	17/2013	Änderung der Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung –
---	---------	--

Abstimmung: bei 16 Ja-Stimmen (CDU, B90/GRÜNE) und 17 Nein-Stimmen (SPD; BBB, FDP) abgelehnt

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 21:03 Uhr.

---

(Thomas Demuth)  
Stadtverordnetenvorsteher

---

(Dr. Achim Wächtler)  
Schriftführer